

Neuer Rekord: Bereits 186.000 offene Haftbefehle

Seit Jahren steigt die Zahl der nicht vollstreckten Haftbefehle – der Personen also, die eigentlich in einem Gefängnis sitzen sollten, es aber nicht tun. Zum Stichtag des 28. März 2019 waren in der Polizeidatenbank Inpol-z deutschlandweit 185.736 Menschen mit einem Haftbefehl zur Fahndung ausgeschrieben. Fast 186.000 Straftäter, die nicht vor Gericht und nicht im Gefängnis erscheinen – das sind mehr Menschen, als beispielsweise in Saarbrücken oder Hamm leben.

Noch dazu wird diese Zahl seit fünf Jahren kontinuierlich größer, vom März 2018 bis zum März 2019 allein um fast sechs Prozentpunkte. Dabei stieg die Zahl in den jeweiligen Bundesländern unterschiedlich schnell.

Insgesamt enthält die Statistik der Bundesregierung 5.980 offene Haftbefehle im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – darunter für 42 verurteilte Mörder. Unter ihnen sind auch viele deutsche IS-Kämpfer, die sich derzeit in Syrien oder dem Irak aufhalten.



Bei den Europawahlen wählten über 20 Prozent der Wahlberechtigten ausgerechnet die Grünen. Während Deutschland unter der Zuwanderung leidet, die innere Sicherheit zu Grabe getragen wird, der wirtschaftliche Niedergang nicht mehr zu verleugnen ist, sehen immer mehr Bürger die Lösung in der Wahl von Öko-Kommunisten. Helfen Sie daher mit Sozialpatrioten zu stärken und überlassen Sie unser Land nicht jenen, die es langfristig abwickeln werden.

Deutschlands Niedergang nun auch wirtschaftlich

Im Wettbewerbsfähigkeitsranking der Schweizer Business School IMD fand sich Deutschland im Jahr 2014 noch auf Platz sechs wieder. Seither geht es stetig bergab, in der diesjährigen Studie reicht es gerade noch für den 17. Rang. Die Liste der Länder, die Deutschland im Urteil der Prüfer aus Lausanne in der vergangenen halben Dekade überholt haben, reicht von Kanada und Taiwan über Dänemark und die Niederlande bis hin zu den Vereinigten Arabischen Emiraten. Andere Länder motzen ihre Infrastruktur auf, liberalisieren ihre Märkte weiter, senken Steuern, setzen all ihren Ehrgeiz daran, bei der Bildung und den Technologien der Zukunft nicht abgehängt zu werden von China und den USA. Anders aber in Deutschland, wo Steuergelder für die „Rettung“ anderer Staaten eingesetzt werden und skurrile Umverteilung und Reregulierungsvorschlägen folgen. Die Grünen versuchen derweil Deutschlands Autoindustrie den Garaus zu machen und werden dafür noch mit Wählerstimmen belohnt.

Grüne inzwischen bundesweit die zweitstärkste Partei

In den Ergebnissen der Europawahl zeigt sich ein Wählerpotential, was offenbar die Grünen und ihre Politik völlig unterschätzt oder sie als wählbare Option zu den anderen Parteien sieht. Anstatt sich auf alle Forderungen dieser Partei zu konzentrieren, werden sie als nette Öko-Partei angesehen. Ihre teilweise offene Ablehnung unseres Landes, die pädophile Vergangenheit einiger Funktionäre oder der Wunsch nach Massenzuwanderung sind vergessen. Die Grünen – mit teilweise deutlichem Abstand vor den anderen Parteien – sind besonders in Großstädten stark, wie etwa in den Stadtstaaten Hamburg, Düsseldorf und Berlin. In Berlin liegen die Grünen bei 27,8 Prozent – und sind damit erstmals bei einer bundes- oder landesweiten Wahl stärkste Partei in der Hauptstadt. Die CDU folgte mit

14,6 Prozent vor der SPD mit 13,7 Prozent – für beide Parteien waren das die schlechtesten Wahlergebnisse überhaupt in Berlin.

Ähnlich sieht es in Hamburg aus. Auch hier sind sie deutlich stärkste Kraft geworden mit 31,2 Prozent die Sozialdemokraten, die nur noch auf 19,8 Prozent kamen. Auf die CDU entfielen demnach 17,7 Prozent. In Bremen wurde – anders als bei der Bürgerschaftswahl – die SPD (24,5 Prozent) knapp stärkste Kraft. Die Grünen (22,7) und die CDU (22,4) folgen knapp dahinter. Auch in der drittgrößten Stadt Deutschlands, München, sind die Grünen stärkste Kraft geworden. In der bayerischen Landeshauptstadt kam die Partei auf 31,1 Prozent – 11,6 Prozent mehr als noch 2014. Ihr Abstand zur Konkurrenz ist mit

mehr als vier Prozent (CSU: 26,9 Prozent) zwar nicht ganz so groß wie in Hamburg und Berlin, aber dennoch deutlich. In vielen weiteren Städten Deutschlands konnten die Grünen ebenfalls stärkste Kraft werden – in Metropolen wie Köln, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Stuttgart und Leipzig, aber auch in etwas kleineren Städten wie Jena, Oldenburg, Ulm, Trier und Landau in der Pfalz.

Sollten sich diese Ergebnisse auch bei den Kommunalwahlen bewahrheiten, dann ist ein Teil unseres Wahlvolkes nicht mehr zu retten und die jahrzehntelange ideologische Verblendung hat gewirkt. Deshalb ist es besonders auf kommunaler Ebene wichtig, unsere Partei als Gegenpol zu unterstützen.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Republikaner in NRW bereiten sich auf Kommunalwahlen vor

Im kommenden Jahr finden in NRW und damit in dem größten Bundesland wieder Kommunalwahlen statt, an denen auch unsere Partei teilnehmen wird. Bereits jetzt laufen die ersten Vorbereitungen in verschiedenen Kreisverbänden an, um den umfangreichen Wahlvoraussetzungen gerecht zu werden. 15 Monate vor der voraussichtlichen Wahl im September 2020 können die Listen bereits aufgestellt werden. Bei Neuantritten müssen dann noch Unterstützungsunterschriften in der jeweiligen Kommune gesammelt werden.

CO2-Besteuerung als nächste Abzocke

Eine CO2-Besteuerung gilt in Berlin als ausgemacht und würde neben Wohnen auch Autofahren teurer machen. Unter dem Eindruck der EU-Wahlergebnisse mit großen Gewinnen für die Grünen und durch den Druck der "Fridays for Future"-Demos schrumpft in der Bundesregierung der Widerstand von CDU/CSU gegen die Einführung der neuen Steuer. Umweltministerin Schulze (SPD) plant laut Medienberichten, den Entwurf ihres Klimaschutz-Gesetzes an Kanzlerin Merkel. Seit Monaten üben Lobbyisten Druck auf Bundestagsabgeordnete aus, für die neuen Steuern zu werben.

Sofern Sie kein Elektroauto fahren, werden Sie in Zukunft draufzahlen. Die Idee der neuen Steuer ist es, die Nutzung fossiler Energieträger (z.B. Kohle, Öl, Erdgas) teurer zu machen, um damit andere Energieträger (z.B. Solar- und Windenergie) zu subventionieren. So sollen die stark gestiegenen Kosten der Energiewende bezahlt und das Ziel einer sogenannten Klima-Neutralität erreicht werden. Das betrifft sowohl Hausbesitzer und Mieter, die mit Öl oder Gas heizen, als eben auch Autofahrer.

REP fordern ausnahmsloses Verbot des Schächtens

Belgien geht gegen das Schächten vor. In der Region Flandern ist die religiöse Form der Tiertötung bereits seit 1. Januar verboten, in der Region Wallonien soll ein Verbot im September folgen. Beim Schächten wird einem Tier lebendig die Halsschlagader durchtrennt, dann soll es vollständig ausbluten. Nach religiöser Überzeugung entweicht so die Seele aus dem Tier, erst dann darf es verspeist werden. Das Tier erleidet dabei aber minutenlang einen qualvollen Tod. Das Schächten ist im Judentum und im Islam Pflicht.

Unsere Partei setzt sich seit Jahren für ein generelles Verbot des Schächtens ein. Dabei ecken wir regelmäßig besonders mit muslimischen Vertretern an, die sich weiterhin hierfür aussprechen.

Die meisten Gesetze in Europa verlangen, dass ein Tier mindestens betäubt wird, bevor es geschlachtet wird. Hühner werden in ein Elektrobad getaucht, größere Tiere bekommen einen Bolzenschuss. Im Judentum und Islam sieht die religiöse Praxis jedoch vor, dass das Tier gesund ist, bevor es geschächtet wird – das steht im Widerspruch zum Bolzenschuss. In Schweden, Norwegen, Island, Dänemark, Slowenien und der Schweiz gibt es Schächtverbote – in Deutschland gilt ein rechtlicher Spagat. Schächten ist hier zwar grundsätzlich verboten, aber es muss Ausnahmen geben. Diese sollen die ungestörte Religionsausübung gewährleisten. Das Wohl der Tiere und die unendlichen Qualen scheinen dabei nur von sekundärem Interesse zu sein.

Einzug in Kreistag Esslingen



Trotz der erstmaligen Konkurrenz durch andere Parteien ist den REP der Wiedereinzug in den

Esslinger Kreistag gelungen. Bereits Jahrzehnte sind wir Republikaner auch in diesem Kommunalparlament vertreten. Künftig wird dort der bisherige Kreisrat und langjährige Landtagsabgeordnete U. Deuschle unsere Partei weiter vertreten.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Informieren Sie sich jetzt:

DIE REPUBLIKANER (REP), Bundesverband, Pf. 140407, 40074 Düsseldorf, Email: kontakt@rep.de

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein

Ich möchte weitere Informationen

Ich möchte Mitglied werden

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen des Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.